

Reform der rechtlichen Betreuung – auf Sand gebaut?!

Uns gibt es nicht zum Schnäppchenpreis!



Vor dem Kollaps

Die rechtliche Betreuung steht kurz vor dem Kollaps - mit schwerwiegenden Folgen für unsere Gesellschaft! Seit Jahren ist die Betreuungslandschaft chronisch unterfinanziert. Viele Betreuer*innen und Betreuungsvereine kämpfen um ihr finanzielles Überleben oder haben ihren Beruf bereits aufgegeben. Die Leidtragenden sind auch die Klient*innen: Per Gesetz ist ihnen seit 2023 mehr Selbstbestimmung und Teilhabe versprochen worden. Diese Reform aber ist in Gefahr: Ohne eine leistungsgerechte Vergütung können ihre zentralen Ziele nicht erreicht werden! Die Reform ist auf Sand gebaut!

Rechtliche Betreuung geht uns alle an!

Rund 1,3 Millionen Menschen in Deutschland nutzen eine rechtliche Betreuung. Sie sind beispielsweise psychisch krank, im fortgeschrittenen Stadium dement oder können sich nach einem Unfall nicht artikulieren und deshalb ihre Angelegenheiten (teilweise) nicht regeln. Das kann uns alle treffen – von heute auf morgen.

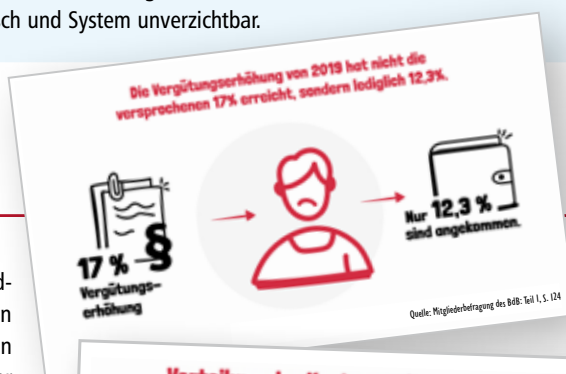
Rechtliche Betreuung sichert Menschenrechte

Rechtliche Betreuer*innen und Betreuungsvereine unterstützen ihre Klient*innen dabei, ein Leben nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zu führen – selbstbestimmt und geschützt. So sichern sie z.B. die Ansprüche ihrer Klient*innen gegenüber Krankenkassen, dem Jobcenter oder der Sozialbehörde. Oder sie unterstützen sie in medizinischen Angelegenheiten und beim (Wieder)aufbau von sozialen Kontakten. Für eine menschenwürdige, demokratische Gesellschaft ist rechtliche Betreuung als Schnittstelle und als Übersetzerin zwischen Mensch und System unverzichtbar.

Die fatale Situation

Keine leistungsgerechte Vergütung

Betreuer*innen werden derzeit nach drei unterschiedlichen Stufen pauschal vergütet. Diese Pauschalen sind gesetzlich festgelegt und werden den erbrachten Leistungen bei Weitem nicht gerecht. 2019 hat es zwar eine Vergütungssteigerung von 17 Prozent gegeben. Laut einer Studie des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) hätte diese aber wesentlich höher ausfallen müssen – deswegen kritisierte der BdB die Erhöhung seinerzeit als unzureichend. Real sind dann sogar nur 12,3 Prozent bei den beruflichen Betreuer*innen angekommen. Die Inflation und die stark gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten verschärfen die ohnehin angespannte finanzielle Situation: Die Kosten für Berufsbetreuer*innen sind von 2019 bis 2022 um 19,3 Prozent gestiegen!



Selbstbestimmung der Klient*innen ist in Gefahr

Zusätzlich zu der dramatischen finanziellen Situation erleben Berufsbetreuer*innen einen erheblichen fachlichen Mehraufwand. Das neue Betreuungsgesetz stellt höhere qualitative Anforderungen an Betreuung und verpflichtet u.a. zu zusätzlichen Berichten. Eine Finanzierung der zusätzlichen Leistungen ist allerdings nicht vorgesehen. Die Ziele der Reform – die Stärkung der Selbstbestimmung der Klient*innen und ein Mehr an Qualität – drohen kaputtgespart zu werden.

Erfahrung bricht weg, Nachwuchs fehlt

Erfahrene Berufsbetreuer*innen geben ihre Tätigkeit altersbedingt oder wegen der schlechten Bedingungen auf. Qualifizierten Nachwuchs zu finden ist schwer, denn Inhaber*innen von – für Betreuung geeigneten – sozialen Berufen suchen sich besser bezahlte Tätigkeitsfelder. Wenn die Politik nicht gegensteuert, droht dem Betreuungssystem das Aus!

Unsere Forderungen

Wir fordern Politiker*innen und Entscheider*innen in Bund und Ländern auf,...



Inflationsausgleich 2023

... das wirtschaftliche Überleben der Betreuungslandschaft angesichts der aktuellen Kostensteigerungen durch einen Inflationsausgleich von 19,3 Prozent zu sichern!
Sofort!

Erreicht!

Seit dem 1. Januar 2024 erhalten Betreuer*innen eine Inflationsausgleichs-Sonderzahlung von 7,50 Euro pro Betreuung und Monat – befristet auf 24 Monate.



Leistungsgerechte Vergütung bis 2025

... die Vergütung zu erhöhen, sodass

- sie der Leistung und der hohen Verantwortung von Berufsbetreuer*innen entspricht
- der reformbedingte Mehraufwand finanziert ist



Änderung des Vergütungssystems

... rechtliche Betreuung dauerhaft abzusichern, indem

- eine Dynamisierung der Vergütung gesetzlich verankert wird
- das dreigeteilte Vergütungssystem abgeschafft wird
- Dolmetscher*innen finanziert werden

Es eilt!

Berufsbetreuer*innen müssen leistungsgerecht bezahlt werden. Es bedarf eines Vergütungssystems, das die Qualität fördert und nicht zerstört. Bis Ende 2024 muss die Bundesregierung über die Evaluation der 2019 eingeführten Betreuervergütung berichten. Wir fordern den Gesetzgeber auf, die Vergütung noch in der laufenden Legislaturperiode bis 2025 anzupassen.

Wir brauchen Ihre Unterstützung als Politiker*in!

Berufsbetreuer*innen sind von den aktuellen Kostensteigerungen im Bereich Energie, Personal und Mieten besonders betroffen. Andere Selbstständige können gestiegene Kosten über den Preis an ihre Kund*innen weitergeben – Berufsbetreuer*innen nicht! Auch kann der BdB in Tarifaueinandersetzungen keine höheren Löhne durchsetzen, er ist ein Berufsverband und keine Gewerkschaft. Und von den Entlastungspaketen der Bundesregierung profitieren Berufsbetreuer*innen nur eingeschränkt. Diese federn lediglich einen Teil der gestiegenen Kosten ab und nicht von allen profitieren Berufsbetreuer*innen.

Berufsbetreuer*innen sind in Fragen der Vergütung zu 100 Prozent vom Gesetzgeber abhängig, also von Bundestag und Bundesrat. Die Politik muss jetzt handeln! Daher appellieren wir an Sie, die BdB-Forderungen zu unterstützen und in unserem Sinne aktiv zu werden. Sie haben es in der Hand!

WEITERE INFORMATIONEN: reform-auf-sand-gebaut.de